Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G.-Pfg. freibl., ausschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingesandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Begründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postschließfach Nr. 8 Postscheckkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Colditz Filiale Waldenburg Stadtgirokonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichen zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Lieferer hat der Bezieher keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 204 — Sonntag, den 31. August 1924 — 47. Jahrgang.

Die Gutachtengesetze vom Reichstag angenommen.

Amtlicher Teil.

Einhebung der Kraft- und Lichtstromgelder

erfolgt — wie früher — beim Ablesen der Zähler durch Beauftragte des Elektrizitätswerkes.

Der Stadtrat.

Der Reichskanzler veröffentlicht eine Kundgebung, in der er die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zurückweist.

Die Deutschnationalen werden in die Regierung eintreten.

Reichskanzler Marx soll für den Posten des Reichspräsidenten ausersehen sein.

Das Reichsbahngesetz wurde vom Reichstag mit 314 gegen 127 Stimmen angenommen.

Reichsbankpräsidunt Dr. Schacht wurde in Rom von Mussolini empfangen.

Den Deutschnationalen sollen weitgehende Konzessionen gemacht worden sein.

Die nationalsozialistische Freiheitspartei spricht dem Reichstagspräsidenten die schärfste Mißbilligung aus.

Die Fälscher der sächsischen Schuldverschreibungen wurden in Dresden festgenommen.

Die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist glänzend.

Das englische Kriegsamt trifft Vorbereitungen für die Räumung Kölns.

In Londoner Finanzkreisen glaubt man, daß die Unterbringung der deutschen Anleihe auf Schwirrigkeiten stoßen wird.

Polen errichtet ein besonderes Korps für den Schutz der Landesgrenzen.

Japan verringert seinen Heeresbestand.

Waldenburg, 30. August 1924.

Der Völkerbundsrat in Genf wird jetzt seine Tagung abhalten, der zum ersten Male die leitenden Minister aus Paris und London persönlich zu gleicher Zeit beiwohnen werden. Herriot und Macdonald werden, nachdem ihre Freundschaft in London wieder befestigt ist, die Reise zusammen machen, da sie sich besonders für die Absichten des Völkerbundes wegen Abrüstung und Sicherung interessieren. Diese Versammlung war bekanntlich die Lieblingsschöpfung des früheren nordamerikanischen Präsidenten Wilson, aber dessen Nachfolger wollen nichts davon wissen. Vor wenigen Tagen hat sich der Staatssekretär Hughes erst wieder energisch gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Bund ausgesprochen.

Das Deutsche Reich gehört dem Völkerbund bekanntlich noch nicht an, doch ist wiederholt, und besonders in England, die Ansicht ausgesprochen worden, die Reichsregierung möchte ihre Aufnahme beantragen die jetzt nach der Londoner Konferenz kaum noch auf Schwierigkeiten stoßen würde. Begreiflich ist es, daß unsere Sehnsucht, Mitglied einer Körperschaft zu werden, die ihre Parteilichkeit dadurch bewies, daß sie uns einen großen Teil des oberschlesischen Industriegebietes wider alles Recht absprach, nicht eben groß ist. Und das Projekt von der Abrüstung und Sicherung ist auch ein solches, das uns nicht verlocken kann.

Zwar sind wir dermaßen abgerüstet worden, daß nicht mehr geschehen kann, aber die Idee von der Sicherung richtet sich wieder gegen uns und bedeutet einen Feindseligkeits- oder Mißtrauensakt. Und zwischen Leuten, die solche Gedanken gegen uns hegen, haben wir eigentlich nichts zu suchen. Herriot verlangt, daß alle Staaten denjenigen zu Hilfe kommen sollen, die angegriffen werden. Auch soll jedem Staat sein heutiger Besitz garantiert werden. Das letztere gilt natürlich ebenfalls dem schändlich beraubten Deutschland gegenüber. Frankreich sucht ja auch seiner Sicherung wegen die Okkupation des linken Rheinufers, obwohl dieselbe vollständig vertragsmäßig wäre, zu verlängern. Daß die Sicherung etwas ganz anderes bedeutet, als was der Name besagt, wissen wir längst.

Daß der Völkerbund dem deutschen Recht gegen die Kriegsschuldlüge und unserer Sicherung sich annehmen wollte, davon ist nichts bekannt geworden. Und darauf kommt es an, das ist es, was uns der Völkerbund bieten könnte. So lange er das nicht will, bleiben wir besser draußen.

Foch und Herriot.

Die umstrittene Frage der Ruhrräumung.

Das Problem der Ruhrräumung und der Sicherheit Frankreichs wird in der Pariser Presse, namentlich in den Zeitungen, die der Kammermehrheit nahestehen, erneut aufgegriffen und lebhaft kommentiert.

Bekanntlich hatte Ministerpräsident Herriot in der letzten Kammerdebatte die Kritik der Opposition an der vorzeitigen militärischen Räumung der Ruhr zum Schweigen gebracht durch die Berufung auf ein Gutachten des Marschalls Foch, das dessen Generalstabschef, der General Desticker, in der Sitzung dahin erklärte, daß Foch, der zweimal zu Rate gezogen worden war, sich beide Male dahin ausgesprochen habe, daß die Besetzung der Ruhr in keinerlei Zusammenhang mit dem Problem der französischen Sicherheit stehe, und daß die im Friedensvertrag dafür vorgesehene Garantie für völlig ausreichend anzusehen sei.

Hier setzt nun die nationalistische französische Presse ein, indem sie die Echtheit dieses Gutachtens in Zweifel zieht, da es im Widerspruch zu den früheren Auslassungen des Marschalls Foch stehe. Man verlangt daß Herriot den Wortlaut dieses Gutachtens veröffentlichen solle. Diese Forderung greift nun der Abgeordnete Cotty auf, der der republikanischen Linken angehört. Er hat an Herriot ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, nachdem Herriot es für zweckmäßig gehalten habe, der Kammer von der Auffassung des Marschall Foch Kenntnis zu geben, könnte sich dieser mit der Interpretation des Fochschen Gutachtens durch dessen Generalstabschef nicht zufrieden geben. Sicherlich habe der Marschall seine Ansicht schriftlich niedergelegt, und er, der Briefschreiber, gestatte sich deshalb die Anfrage, ob dieses Gutachten nicht wenigstens in einzelnen Teilen veröffentlicht werden könne, oder ob man nicht den Marschall zu einer neuen, zur Veröffentlichung bestimmten Meinungsäußerung bestimmen könne .— Ganz offensichtlich hat die Opposition die Absicht, den Marschall Foch gegen den Ministerpräsidenten Herriot auszuspielen.

Die 800-Millionen-Anleihe.

Schwierigkeiten in London.

Die bekannte Londoner Zeitung „Times" befaßt sich in einem längeren Artikel eingehend mit der gemäß dem Londoner Abkommen Deutschland zu gewährenden Anleihe von 800 Millionen Goldmark. Danach verfolgt man in den Kreisen der englischen Bankiers mit großer Aufmerksamkeit alle innerpolitischen Vorgänge in Deutschland. Dann sagt die „Times" weiter:

Wenn sich die Londoner City gegenwärtig fast ausschließlich mit der Durchführung des Dawesgutachtens beschäftigt, so hat das durchaus seinen Grund, denn sie hat ein großes Interesse an der ganzen Frage im Hinblick auf das Anleihe-Problem, das einen wesentlichen Teil des ganzen Planes darstellt und wobei von ihr materielle Mitwirkung verlangt wird. Die Auflegung dieser Anleihe ist letzten Endes eine Aufgabe Deutschlands und obwohl die alliierten Regierungen als Teilnehmer an diesem Plan die Verpflichtung übernommen haben, die Zentralbankinstitute ihrer Länder zu bitten, die Unterbringung der Anleihe zu unterstützen, so ist es doch ganz unwahrscheinlich, daß das Publikum eines Landes sein Geld in die Anleihe steckt, ohne sich von der Loyalität Deutschlands zu überzeugen.

Gewisse Schwierigkeiten wird nach Ansicht der „Times" die Unterbringung der Anleihe machen, selbst wenn Deutschland alle möglichen Versicherungen abgeben würde, daß es den gesamten Dawesplan mit den allerernstesten Absichten annimmt. Wenn aber das englische Publikum nicht völlig zufriedengestellt würde, so wäre allerdings, soweit England in Frage käme, die Aufgabe nicht zu lösen.

Annahme der Gutachten-Gesetze.

Das Reichsbahngesetz mit 314 gegen 127 Stimmen angenommen. — Die Auflösung des Reichstags vermieden.

In der entscheidenden Freitagssitzung des Reichstages stieg die Spannung von Stunde zu Stunde höher und kurz vor der Schlußabstimmung wußte noch niemand im ganzen Hause, wie das Schicksal des Reichsbahngesetzes, das einer Zweidrittelmehrheit benötigte, und damit auch das Schicksal des Reichstags selbst werden würde. Eins nur stand fest: Ablehnung des Reichsbahngesetzes gleich Reichstagsauflösung.

Zur Auflösung kam es jedoch nicht, denn das entscheidende Reichsbahngesetz wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit und zwar mit 314 gegen 127 Stimmen angenommen. Für die übrigen Gesetze bedurfte es keiner qualifizierten Mehrheit, sondern es genügte einfache Mehrheit.

Die übrigen Vorlagen wurden daraufhin ebenfalls glatt angenommen.

Wie die Abstimmung vor sich ging.

Die Zweidrittelmehrheit kommt dadurch zustande, daß zahlreiche Deutschnationale weiße „Ja"-Karten abgeben. Die Spannung ist aufs höchste gestiegen, als der Präsident um 4,20 Uhr das Ergebnis der Abstimmung verkündet.

Der Präsident stellt fest, daß es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, daß daher bei der Abstimmung zwei Drittel aller Abgeordneten anwesend sein müssen. Er stellt weiter fest, daß die Zahl der Reichstagsmitglieder jetzt 466 beträgt. Zwei Drittel davon sind 311. Es wurden im ganzen abgegeben 441 Stimmen. Von diesen Abgeordneten haben mit Ja gestimmt 314!

Als der Präsident dieses Ergebnis bekannt gibt, entsteht bei den Kommunisten ein Höllenlärm, sie rufen drohend, nach den Deutschnationalen gerichtet: Pfui! Von den Tribünen ertönen laute Beifallskundgebungen, auch von der Diplomatenloge. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten drohen mit den Fäusten nach den Tribünen. Nachdem sich der Sturm gelegt hat, teilt der Präsident weiter mit, daß gegen das Gesetz 127 Abgeordnete gestimmt haben. Er stellt fest: Das Gesetz hat also die zur Aenderung von Verfassungsbestimmungen erforderliche Mehrheit erhalten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichsrat hat unmittelbar nach Schluß der entscheidenden Abstimmungen im Reichstag von den Beschlüssen Kenntnis genommen. Der preußische Bevollmächtigte gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß diese Beschlüsse dem deutschen Volke zum Segen gereichen mögen.

Der Altestenrat des Reichstags beschäftigte sich gestern mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die um 10 Uhr beginnt. Zunächst wird das deutsch-spanische Handelsabkommen und ein deutsch-polnischer Vertrag erledigt. Ferner wird der Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuern in Verbindung mit den Anträgen auf Aufhebung der Umsatzsteuer auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Den Deutschnationalen sollen von der deutschen Volkspartei weitgehende Konzessionen in der Richtung von Garantien für die Berücksichtigung ihrer nationalen Forderungen gemacht worden sein. Der Reichskanzler wird wahrscheinlich aus ihren Reihen genommen werden. Marx soll für den Reichspräsidentenposten in Aussicht genommen werden.

Der deutsche Kurier mit der Vollmacht für den deutschen Botschafter Sthamer, das Schlußprotokoll von London zu unterzeichnen, ist bereits am Donnerstag 12 Uhr in London eingetroffen. Die Unterzeichnung wird heute Mittag 12 Uhr in London erfolgen.

Der Neuyorker Bankier James Speyer ist in Berlin eingetroffen und hatte eine Unterredung mit Dr. Luther im Reichsfinanzministerium.

SLUB Wir führen Wissen. MUSEUM Naturalienkabinett WALDENBURG